

**II-3365 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 1773 II

1988-03-07

**A N F R A G E**

der Abgeordneten Blau-Meissner und Freunde  
an den Bundesminister für Gesundheit und öffentlichen Dienst  
betreffend Problematik des radioaktiven Abfalls in Österreich und  
der Errichtung eines Endlagers

Der radioaktive Abfall stellt einen besonderen Teilbereich des Sondermülls dar. Die Situation in diesem Bereich ist aus mehreren Gründen besondersbrisant:

1. Es ist bekannt, daß die Lagerkapazitäten in Seibersdorf nur mehr bis 1989 reichen und daß der Bürgermeister von Seibersdorf erklärt hat, er werde einer Erweiterung des Zwischenlagers nicht zustimmen.
2. Die österreichische Bevölkerung ist in Fragen der Gefährdung durch Radioaktivität - erfreulicherweise - stark sensibilisiert, besonders seit Tschernobyl und wohl noch zusätzlich durch den deutschen Atomskandal, der das Vertrauen in die Atomindustrie gänzlich zerstört hat.
3. Im Gegensatz zur chemischen Sondermüllproblematik wird im Bereich der radioaktiven Abfälle von Vermeidungsstrategien nicht einmal geredet. Es wird von einer Zunahme des jährlichen Abfalles ausgegangen. (Mit dem Potential von Vermeidungsmaßnahmen für radioaktive Abfälle werden wir uns noch weiter beschäftigen, auch in anderen Anfragen.)

Aus dem Gesagten folgt, daß die Errichtung eines Endlagers für schwach- und mittelaktive Abfälle in Österreich bereits überfällig ist, da dafür etliche Jahre veranschlagt werden müssen, jedoch nur mehr für ein bis zwei Jahre Zwischenlagerkapazität zur Verfügung steht. Wir glauben, daß die einzige Chance für eine Lösung der Probleme darin liegt, alle Schritte in Richtung auf das Endlager in vollständiger Transparenz vorzunehmen, eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach Kriterien und durch Experten, die das Vertrauen der betroffenen Bevölkerung haben, vor jedem definitiven Beschuß zu setzen, sowie einen gesellschaftlichen Konsens über das Ausmaß der medizinischen, technischen und wissenschaftlichen Nutzung der Radioaktivität und der damit in Kauf zu nehmenden radioaktiven Abfälle herbeizuführen. Als ersten

Schritt dazu stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A N F R A G E :

1. Wieviel radioaktiver Abfall lagert derzeit in Österreich (Angaben nach Volumen, Masse und Aktivität, getrennt nach Radiotoxizitätsklassen oder Nukliden)?
2. Wieviel kommt jährlich zu dieser Menge dazu (Aufschlüsselung wie oben)? Wieviel kommt davon jeweils aus den Bereichen Medizin, Technik und Forschung?
3. Wieviel radioaktive Abfälle werden jährlich nach Österreich ein- und aus Österreich ausgeführt (Aufschlüsselung wie oben)?
4. Gibt es Prognosen für die zukünftige Entwicklung des Abfallaufkommens? Zu welchem Ergebnis kommen diese bei welchen Grundannahmen?
5. In welchem Stadium befinden sich die Planungen für ein Endlager? Sind schon Standorte ausgewählt? Welche Schritte sind diesbezüglich als nächstes vorgesehen, und wann werden Sie erfolgen?
6. Welche Formen der Bürgerbeteiligung werden Sie dabei anbieten, und wann werden diese einsetzen?